

# Amer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher: Dr. Heinrich Brünings. Redaktions-Büro: Postfach Nr. 1000. Leipzig. Druck: Druckerei des „Amer Tageblatt“.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 9

Dienstag, den 12. Januar 1932

27. Jahrgang

Der Kanzler erklärt:

# Deutschland kann nicht mehr zahlen

## Ein energischer Vorstoß Brünings

London, 9. Jan. Das Abendblatt, der „Star“, berichtet von einem Besuch, den der englische Botschafter Sir Horace Rumbold heute bei Dr. Brünings gehabt hat. Dr. Brünings habe bei dieser Unterredung sich ausdrücklich gegen weitere Reparationszahlungen gewandt. Er habe erklärt, daß Deutschland künftig keinerlei Reparationsleistungen mehr machen könne, widrigenfalls das wirtschaftliche Leben der ganzen Welt in Unordnung geraten würde. Jedenfalls stehe das deutsche Wirtschaftsleben vor dem Zusammenbruch, wenn es nicht in letzter Stunde durch eine günstige Einstellung der Reparationsleistungen wieder belebt werde. Wenn Deutschland von den Reparationszahlungen befreit würde, werde es auch zu gegebener Zeit seine privaten Schulden bezahlen können. Unmöglich sei es aber, daß Deutschland die Zahlungen für beide Schuldenkategorien aufbringen könne.

In politischen Kreisen hat die Erklärung des Reichskanzlers starkes Aufsehen erregt. Man glaubt, daß dieser Satz vom Kanzler nicht so gesprochen worden ist, wie er in dem englischen Blatt wiedergegeben wird. Der Kanzler hat mit dem britischen Botschafter eine lange Unterhaltung gehabt, in deren Verlauf er ihm wiederholt erklärt hat, daß es Deutschland angesichts seiner wirtschaftlichen Situation unmöglich sei, Reparationszahlungen zu leisten, und daß er bezweifelte, daß Deutschland jemals wieder in die Lage kommen werde, Reparationen zu zahlen.

## Ein Interview

Berlin, 9. Januar. Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Liste der deutschen Delegation für die Reparationskonferenz in Lausanne empfing Reichskanzler Dr. Brüning heute den Chefredakteur des „WTB“. Dieser wies darauf hin, daß diese amtliche Nachricht die politische Öffentlichkeit naturgemäß sehr interessieren und fragen, welche Gesichtspunkte bei der Zusammenfassung der Delegation beachtet worden seien. Der Reichskanzler betonte einleitend, daß der bevorstehenden Reparationskonferenz eine sehr große Bedeutung zukomme. Er habe es daher nicht nur in seiner Eigenschaft als Reichsaußenminister, sondern auch als Reichskanzler, dem nach der Verfassung die Bestimmung der Richtlinien der Politik zufalle, für seine Pflicht gehalten, trotz der Fälle seiner sonstigen Amtsgeschäfte die Führung der Delegation selbst zu übernehmen. Der Chefredakteur fragte weiter, ob denn der Herr Reichskanzler angesichts der gegenwärtigen politischen Lage eine längere eigene Abwesenheit von Berlin für vertretbar halte. Der Reichskanzler wies hierbei insbesondere auf die am nächsten Dienstag stattfindende Sitzung des Ministerrates des Reichstages hin, in der bekanntlich auf kommunikativen Antrag über die Frage der einmaligen vorzeitigen Einberufung des Reichstages Beschluß gefaßt werden solle. In seiner Antwort verriet der Reichskanzler dieses Bedenken keineswegs, sagte aber hinzu, daß seine Teilnahme an der Reparationskonferenz aus dem einwandsfrei ermittelten Grunde das absolut Vordringliche sei. Er halte es übrigens nach der bisherigen Haltung des Reichstages eigentlich für ausgeschlossen, daß sich eine Mehrheit für sofortige Einberufung des Reichstages zur Behandlung reparationspolitischer Fragen finden könne. Die Reichsregierung habe schon bei verschiedenen Anlässen darauf hingewiesen, daß sie keineswegs beabsichtige, den Reichstag als maßgeblichen Faktor der deutschen Gesetzgebung auf die Dauer auszuschalten. Vielmehr habe sie selber bei der letzten Tagung des Reichstages auf den Beschluß hingewirrt, für Ende Februar eine erneute Tagung des Reichstages ins Auge zu fassen. Die gleiche Haltung nehme die Reichsregierung auch zur Stunde noch ein. Den Einberufungstermin nun aber etwa auf Mitte oder Ende Januar legen zu wollen, sei nach seiner Auffassung geradezu unverständlich. In demselben Augenblick, wo die Reichsregierung sich anschickte, die wichtigsten vaterländischen Interessen des schwer um seine Existenz ringenden deutschen Volkes vor dem Auslande zu vertreten, wäre eine gleichzeitige Beratung dieser und der damit zusammenhängenden Fragen vor dem Verneinung des Reichstages eine völlige Unmöglichkeit. Die Frage des Chefredakteurs, ob er diese Ausführungen des Reichskanzlers der Öffentlichkeit mitteilen dürfe, bejahte der Herr Reichskanzler ausdrücklich. Der Chefredakteur sagte hinzu, daß für diese Haltung der Reichsregierung bei dem größten Teil der deutschen politischen Öffentlichkeit nach seiner Auffassung durchaus Verständnis vorhanden sei. Wenn da und dort noch Zweifel vorhanden seien, so beruhten sie im wesentlichen darauf, daß die Haltung der deutschen Reichsregierung und der deutschen Delegation in Lausanne noch nicht genügend klar umrissen und in der Öffentlichkeit erkannt sei. Der Herr Reichskanzler unterdrückte kein Erstaunen über diese Frage nicht und betonte, daß irgend ein Zweifel an der Haltung der deutschen Delegation in Lausanne doch nicht gut möglich sei. Er brauche in dieses Hinsicht nur auf die verschiedenen deutschen Auslassungen des letzten Juli hinzuweisen, wobei er die amt-

lichen Äußerungen anlässlich des Neujahrstages und seine eigene Rundfunkrede vom 7. Dezember erwähnte. Es gelte jetzt für die beteiligten Mächte,

die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Baseler Sachverständigen zu ziehen.

Der Bericht habe noch einmal die gewaltigen Dimensionen der Weltkrise aufgezeigt und vor allem die verheerenden Folgen geklärt, die diese Krise gerade für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt die bis an die äußerste Grenze gehenden Maßnahmen vor Augen, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden seien, und erkenne von ihnen an, daß sie in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel daständen. Zugleich beweihe der Bericht aber, daß einseitige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr die Lage Deutschlands, die im weitesten Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt sei, gebieterisch ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln fordere. Dafür, wozu die Entschlüsse der Regierungen gehen müßten, gebe der Bericht, wenn er auch auf formulierte Vorschläge verzichte, doch ganz klar die Richtlinien an. Er gelte

die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und zeige darüber hinaus, in welchem engen ursächlichen Zusammenhang gerade die deutschen Reparationen mit der gegenwärtigen Lage ständen. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß sich die Voraussetzungen, von denen damals die Verfasser des Vorschlags ausgegangen seien, grundlegend geändert hätten. Hiermit, so betonte der Reichskanzler, sei im Grunde alles gesagt. Es liege klar zutage, daß Deutschland Lage ihm die

Vorsetzung politischer Zahlungen unmöglich

mache. Wenn klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischer Zahlungen aufrecht zu erhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse. Bei diesem Stande der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Überlegungen, welchen Standpunkt sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie könne auf der bevorstehenden Konferenz nichts anderes tun, als die gegebene Sachlage darzustellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Aufforderung zu richten, daß sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung tragen und nicht nach Kompromißlösungen suchten, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei. Abschließend erklärte der Reichskanzler, er glaube bestimmt, daß es heute in seinem Lager mehr an der inneren Einsicht in die Notwendigkeit der jetzt zu ziehenden Schlussfolgerungen fehle. Es komme nur darauf an, auch den Mut zur Verwirklichung dieser Einsicht zu finden und, wie der Sachverständigenbericht sage, die Behandlung wirtschaftlicher Probleme nicht wieder durch politische Gedankengänge beeinflussen zu lassen.

## Günstige Aufnahme in England

London, 10. Januar. Die Erklärung des Reichskanzlers hat in der englischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt, sachlich aber werden die Äußerungen Brünings ruhig aufgenommen. Die Wähler betonen zum Teil, daß eine derartige Erklärung nicht unerwartet gekommen sei, sie führen sie vielfach auf den Einfluß der nationalen Opposition zurück. Der diplomatische Korrespondent des „Observer“ sagt, natürlich mache die Mitteilung, die das wichtigste diplomatische Ereignis in der Reparationsfrage seit dem Hoovermoratorium sei, einen tiefen Eindruck auf die öffentlichen englischen Kreise. Die vollständige Streichung aller Schulden sei stets die Politik Englands gewesen. Frankreich und Amerika hätten jedoch den englischen Standpunkt nicht voll verstanden. Die Ereignisse aber nähmen ein schnelleres Tempo an, das durch den deutschen Schritt noch beeinflusst werde.

# Frankreich geht nach Lausanne

## Schwierigkeiten bei den englisch-französischen Verhandlungen

Paris, 11. Januar. Die Agentur Havas meldet, daß die französische Regierung ihr Verhalten angesichts der Erklärung des Reichskanzlers über die Einstellung der Reparationszahlungen noch nicht festgelegt habe. Der Ministerrat werde zweifellos am Dienstag darüber beraten. Auf jeden Fall dürfe man annehmen, daß Frankreich zur Reparationskonferenz, die am 26. Januar in Lausanne zusammentrete, erscheinen werde. Auch scheine man in offiziellen Kreisen nicht daran zu denken, an dem internationalen Gerichtshof im Haag zu appellieren, was für den Fall einer abschließlichen Verurteilung des Vorschlags durch Deutschland vorgezogen sei. Daraus folgt jedoch nicht, daß die französische Regierung, falls die deutschen Forderungen auch bei ihrer Wiederaufnahme

## Das Echo in der Pariser Presse

Paris, 10. Januar. Die gesamte Morgenpresse beschäftigt sich mit den Erklärungen des Kanzlers zur Reparationsfrage.

„Ouvrier“ meint, man habe von einer Einigung Europas durch Zusammenarbeit geträumt. Biele Reichskanzler Brüning es vor, Bankrott zu machen?

„Quotidien“ bezeichnet die durch die offiziellen Erklärungen des Reichskanzlers geschaffene Lage als außergewöhnlich ernst.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ kritisiert: Von einer einseitigen Kündigung, von der man anfänglich gesprochen habe, sei nicht die Rede. Die Äußerungen des Reichskanzlers legten nur die grundsätzliche Haltung fest, die die deutsche Delegation in Lausanne einnehmen werde, sie schlossen aber nicht die Möglichkeit von Verhandlungen und Abkommen aus.

Der sozialistische „Populaire“ sagt, die Folgen könnten unheilvoll sein, sowohl wirtschaftlich wie politisch.

„Matin“ schreibt, man dürfe sich nicht darüber wundern, daß Reichskanzler Brüning am Vorabend einer Reparationskonferenz absichtlich seine Karten aufdecken zu müssen gezwungen habe.

„Journal“ behauptet, die Deutschen seien selbst daran schuld, wenn die Antwort des französischen Finanzministers Flandin auf die Erklärungen Brünings lebhaft gewesen sei.

„Echo de Paris“ fragt, was solle Frankreich angesichts der Erklärungen Brünings tun? Etwa den internationalen Gerichtshof im Haag anrufen? Es bleibe noch ein anderer Weg: Auf die Gefahr hin, mit der Fiktion der deutsch-französischen Annäherung aufzukommen, könnte Frankreich sein Mißfallen bei der ersten Gelegenheit zum Ausdruck bringen, bei der Frankreich direkt oder indirekt Unterstützung nachgesucht würde. Die deutsche Wirtschaft hänge nämlich nur an einem Faden.

„Figaro“ überschreibt seinen Leitartikel: „Der Bankrott von Versailles“ und sagt: Verfügt Frankreich über keinerlei Mittel- oder Sanktionsmittel?

„Zeit Pariser“ behauptet, das Reichskabinett veruche, unter Ausnutzung der verschiedenen Interessen aufs Neue, die ehemaligen Alliierten und ihre amerikanischen Affilierten auseinander zu bringen. Man scheine aber nicht daran gedacht zu haben, daß die deutsche Unnachgiebigkeit in Lausanne zum völligen Bankrott führen könnte.

„Ouvre“ meint, wenn die Folgen der Auslassungen des Reichskanzlers materielle Gestalt annehmen, müsse die französische Regierung sich mit den anderen Gläubigerstaaten über eine Linie ihres Verhaltens verständigen.

## Keine Überraschung in Amerika

Washington, 10. Januar. „Washington Evening Star“ berichtet, bei dem überwiegenden Teil der amtlichen Regierungskreise und der parlamentarischen Kreise habe Dr. Brünings Erklärung über die Reparationsfrage keinerlei Überraschung hervorgerufen, denn seit dem Bekanntwerden des Baseler Berichtes sei es lediglich eine Zeitfrage gewesen, wann Deutschland das offiziell verkünden müsse, was alle gut unterrichteten Beobachter schon seit langem als unabweisbar erkannt hätten. Trotzdem werde naturgemäß die nunmehr geschaffene Situation große Wellen werfen, besonders auch in Amerika, und Präsident Hoover habe in seiner Jahresbotschaft bereits darauf hingewiesen, als er von den Tatsachen sprach, denen man sich nicht verschließen könne, und die weitere Schritte in der internationalen Schuldenfrage notwendig machten. Deutschland würde zusammenbrechen, wenn es Reparationen und die Privatschulden zahlen müßte, und Deutschlands Zusammenbruch würde in der ganzen Welt eine Wirtschaftsdemoralisierung zur Folge haben, die man kaum zu ermessen wage. Die Krise, die Hoover im Juni vorigen Jahres abzuwenden suchte, wäre wahrscheinlich unbedeutend im Vergleich zu dem Chaos, das ein Bankrott Deutschlands hervorrufen würde. Die Zeitung zitiert lobend Stellen aus Professor Diebis Schlussfolgerungen in der letzten hier erschienenen Schrift „Die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands“ und erklärt, je eher sich der Bundeskongress mit diesen nackten Tatsachen vertraut mache, desto besser wäre es, denn mit theoretischen Erörterungen über die internationalen Schuldenverträge komme man jetzt nicht mehr weiter.